

# Antrag BV 2026

**Bundesversammlung 2026  
Pfadfinderinnenschaft St. Georg**

**Initiator\*innen:** Bundesleitung

**Titel:** Digitale Teilhabe junger Menschen sichern –  
gegen pauschale Social-Media-Verbote

Bundesleitung

## **Wortlaut des Antrages**

1 Die Bundesversammlung möge beschließen:

2 Wir als Pfadfinderinnenschaft St. Georg setzen uns für einen wirksamen Kinder-  
3 und Jugendschutz im digitalen Raum ein. Soziale Medien sind längst Teil der  
4 Lebensrealität junger Menschen. Sie sind Orte der Information, der Begegnung,  
5 der politischen Meinungsbildung, der gesellschaftlichen Teilhabe und Räume des  
6 demokratischen Aushandelns. Gerade deshalb braucht es einen verantwortungsvollen  
7 Umgang mit digitalen Plattformen, der Schutz, Selbstbestimmung und Beteiligung  
8 gleichermaßen in den Blick nimmt.

9 Gleichzeitig sind digitale Räume strukturell von kommerziellen Interessen,  
10 algorithmischer Steuerung und asymmetrischen Machtverhältnissen geprägt. Umso  
11 wichtiger sind klare politische Rahmenbedingungen, welche die Rechte junger  
12 Menschen wirksam schützen und absichern.

13 Pauschale Social-Media-Verbote lehnen wir entschieden ab. Sie lösen die  
14 bestehenden Probleme digitaler Räume nicht, sondern verlagern sie häufig in

15 weniger regulierte und schwerer kontrollierbare Bereiche. Zudem würden sie junge  
16 Menschen von zentralen Orten der digitalen Öffentlichkeit ausschließen, obwohl  
17 digitale Teilhabe ein wesentlicher Bestandteil ihrer Rechte auf Information,  
18 Meinungsäußerung, Bildung und Mitbestimmung ist. Ein Verbot schließt junge  
19 Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe aus, anstatt die Ursachen digitaler  
20 Risiken wirksam zu bekämpfen. Statt pauschaler Verbote braucht es differenzierte  
21 Regelungen, die konkrete Risiken und Gefährdungslagen gezielt adressieren.

22 **Für uns als PSG gilt:** Jugendschutz heißt, Räume sicher zu machen, nicht junge  
23 Menschen aus ihnen auszuschließen. Wirksamer Jugendschutz reduziert strukturelle  
24 Risiken und etabliert verbindliche Schutzmechanismen, statt Verantwortung auf  
25 individuelle Nutzungsentscheidungen zu verlagern.

## 26 **Kinder- und Jugendrechte gelten auch digital**

27 Die Rechte von Kindern und Jugendlichen müssen uneingeschränkt gelten und das  
28 auch im digitalen Raum. Grundlage dafür ist die UN-Kinderrechtskonvention. Dazu  
29 gehören das Recht auf Schutz vor Gewalt ebenso wie die Rechte auf Privatsphäre,  
30 Information, Selbstverwirklichung, Beteiligung und freie Meinungsäußerung. Dazu  
31 zählt ausdrücklich auch der Schutz vor sexualisierter Gewalt im digitalen Raum,  
32 einschließlich Cybergrooming, nicht-einvernehmlicher Verbreitung intimer Inhalte  
33 und digitaler Ausbeutung.

34 Digitale Räume sind für junge Menschen wichtige soziale und politische Orte. Sie  
35 ermöglichen Austausch, Unterstützung, Sichtbarkeit und demokratische Teilhabe.  
36 Ziel muss die gleichzeitige Gewährleistung von Schutz-, Förder- und  
37 Beteiligungsrechten sein, wie sie auch im General Comment Nr. 25 zur UN-  
38 Kinderrechtskonvention für digitale Umgebungen konkretisiert werden.

39 Junge Menschen müssen an politischen Debatten, Regulierungen und Entscheidungen  
40 beteiligt werden, die ihre digitalen Lebenswelten betreffen. Ihre Perspektiven  
41 und Erfahrungen sind unverzichtbar für wirksame und gerechte Lösungen.

## 42 **Plattformen in die Verantwortung nehmen**

43 Die Verantwortung für sichere digitale Räume darf nicht auf junge Menschen  
44 allein übertragen werden. Plattformen und Anbieter digitaler Dienste müssen  
45 verpflichtet werden, Schutz systematisch in ihre Angebote zu integrieren.

46 Besonders wichtig sind hierbei:

- 47 • die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung bestehender europäischer  
48 Regelungen wie des Digital Services Act<sup>[1]</sup> und des Digital Fairness  
49 Act<sup>[2]</sup>,
  
- 50 • das Verbot bzw. die wirksame Begrenzung manipulativer Plattformmechanismen
  - 51 ◦ dazu zählen insbesondere Endlos-Scrollen, Autoplay-Funktionen,  
52 aggressive Personalisierung sowie Feed-Logiken, die auf möglichst  
53 lange Nutzung und Abhängigkeit ausgerichtet sind,
  
- 54 • transparente, überprüfbare und begrenzbare Empfehlungssysteme,
  
- 55 • mehr Kontrolle für Nutzer\*innen über personalisierte Inhalte und  
56 Empfehlungen,
  
- 57 • wirksame Schutz- und Beschwerdestrukturen gegen Hass, Hetze, Mobbing,  
58 Grooming und sexualisierte Gewalt, einschließlich niedrigschwelliger  
59 Meldewege, schneller Reaktionszeiten, qualifizierter Moderation sowie  
60 transparenter Verfahren für Entfernung und Strafverfolgung relevanter  
61 Inhalte,
  
- 62 • strenge Datenschutzregelungen sowie ein konsequenter Schutz Minderjähriger  
63 vor personalisierter Werbung und datengetriebenen Geschäftsmodellen.

64 Sicherheit und Datenschutz müssen Vorrang vor kommerziellen Interessen haben.  
65 Besonders risikoreiche Empfehlungssysteme brauchen eine unabhängige öffentliche  
66 Aufsicht.

67 Auch Maßnahmen wie Altersverifikation dürfen nicht als einfache Lösung  
68 dargestellt werden. Sie können erhebliche Risiken für Datenschutz und  
69 Privatsphäre mit sich bringen, etwa durch die Verarbeitung sensibler  
70 personenbezogener Daten. Gleichzeitig können sie anonyme und geschützte digitale  
71 Freiräume einschränken, die für junge Menschen wichtig sind, um sich sicher  
72 auszutauschen und Unterstützung zu suchen. Stattdessen sollten datensparsame,  
73 altersangemessene Designlösungen und risikominimierende Standardeinstellungen  
74 priorisiert werden.

## 75 **Medienbildung stärken statt junge Menschen zu bevormunden**

76 Wirksamer Jugendschutz braucht umfassende Medienbildung. Junge Menschen müssen  
77 befähigt werden, Risiken zu erkennen, Informationen kritisch zu bewerten,

78 Grenzen zu setzen und Unterstützung zu finden.

79 Deshalb fordert die PSG:

- 80 • den Ausbau schulischer und außerschulischer Medienpädagogik,
- 81 • die Stärkung digitaler Jugendarbeit,
- 82 • eine verlässliche finanzielle und strukturelle Förderung von  
83 Jugendverbänden, Schulen und Fachstellen,
- 84 • leicht zugängliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für junge  
85 Menschen, Ehrenamtliche, Eltern und Fachkräfte.

86 Medienkompetenz ist keine ergänzende Maßnahme, sondern zentraler Bestandteil  
87 eines wirksamen Kinder- und Jugendschutzes. Sie kann strukturelle  
88 Schutzmaßnahmen jedoch nicht ersetzen, sondern muss gemeinsam mit gesetzlichen  
89 Regelungen und verbindlichen Schutzstandards gedacht werden.

#### 90 **Gemeinwohlorientierte digitale Räume fördern**

91 Digitale Infrastruktur darf sich nicht ausschließlich an Profitinteressen  
92 orientieren. Die PSG setzt sich für freie, dezentrale und gemeinwohlorientierte  
93 soziale Netzwerke ein, die Transparenz, Datenschutz, demokratische  
94 Öffentlichkeit und Inklusion stärken.

95 Öffentliche Stellen sowie Akteur\*innen der Kinder- und Jugendarbeit sollen auch  
96 in solchen digitalen Räumen sichtbar, erreichbar und ansprechbar sein. Junge  
97 Menschen brauchen sichere digitale Orte, die Beteiligung ermöglichen und  
98 Vielfalt schützen.

#### 99 **Gesundheit, Schutz und Unterstützung zusammendenken**

100 Digitale Räume können Belastungen verstärken. Hass, Desinformation,  
101 diskriminierende Inhalte und suchtfördernde Plattformdesigns wirken sich auf das  
102 Wohlbefinden junger Menschen aus. Deshalb braucht es mehr Forschung zu  
103 psychischen Folgen digitaler Nutzung sowie zu besonders Langzeitfolgen von  
104 Plattformmechanismen und Inhalten.

105 Gleichzeitig können digitale Räume auch Schutz, Information und Zugang zu

106 Unterstützung bieten. Gerade für junge Menschen in belastenden Lebenssituationen  
107 sind sie oft wichtige Orte des Austauschs und der Hilfe. Diese positiven  
108 Potenziale müssen gesichert und gestärkt werden.

## 109 **Unsere Position**

110 Die PSG spricht sich gegen ein pauschales Social-Media-Verbot aus. Wir fordern  
111 sichere, faire und jugendgerechte Plattformen statt Ausschluss. Schutz- und  
112 Teilhaberechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

113 Wir fordern:

- 114 • verbindliche Regulierung gegen Manipulation, digitale Gewalt,  
115 Datenmissbrauch und diskriminierende Plattformlogiken,
- 116 • eine deutliche Stärkung von Medienbildung und digitaler Jugendarbeit,
- 117 • die verbindliche Beteiligung junger Menschen an politischen  
118 Entscheidungen,
- 119 • den Ausbau von Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen,
- 120 • die Förderung gemeinwohlorientierter digitaler Alternativen.

121 Jugendschutz bedeutet für uns, digitale Räume gemeinsam sicher, gerecht und  
122 zugänglich zu gestalten, damit junge Menschen sich frei, geschützt und  
123 selbstbestimmt entfalten können.

124 [\[1\]https://hateaid.org/dsa-user-guide/#faq](https://hateaid.org/dsa-user-guide/#faq)

125 [\[2\]https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/consultations/commission-launches-open-consultation-forthcoming-digital-fairness-act](https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/consultations/commission-launches-open-consultation-forthcoming-digital-fairness-act)

## **Begründung**

### **Begründung:**

Ein Social Media Verbot für Kinder- und Jugendliche ist in den letzten Wochen und Monaten ein politisch viel diskutiertes Thema. Der BDJ hat bei seiner letzten Hauptversammlung eine Positionierung hierzu erarbeitet

und auch der DBJR setzt sich mit diesem Thema auseinander. Als Bundesleitung war uns daher wichtig, dass wir uns als PSG hierzu ebenfalls verhalten, da die Inhalte der Debatte klare Folgen für die Kinder- und Jugendlichen in unseren Gruppen haben könnte.